

**V1**

**Titel** Für gleiche Lebensverhältnisse – mehr Investitionen in strukturschwache Regionen

**AntragstellerInnen** Hessen-Süd

**Zur Weiterleitung an**

angenommen

mit Änderungen angenommen

abgelehnt

---

## Für gleiche Lebensverhältnisse – mehr Investitionen in strukturschwache Regionen

1 Die Jusos setzen sich dafür ein, dass Art. 104b GG Rechnung getragen wird und deutlich mehr als bisher in  
2 die Zukunftsfähigkeit strukturschwacher Regionen in Deutschland investiert wird. Neben dem richtigerweise  
3 eingeführten Art. 104c GG, der es dem Bund erlaubt, die Bundesländer in Fragen der Bildungsinfrastruktur zu  
4 unterstützen, soll der Fokus vor allem auf Investitionen in die Infrastruktur, insbesondere das Fernstraßennetz  
5 (Autobahnen, Bundesstraßen, Landstraßen), das Schienennetz, den ÖPNV und den Breitbandausbau, sowie  
6 die Daseinsvorsorge gelegt werden. Die im Jahr 2016 beschlossenen Investitionen in Höhe von 3,5 Mrd.  
7 € sind dabei zwar ein guter Anfang, decken den von den Ländern verursachten Investitionsstau aber in  
8 keiner Weise ab, was eine Unterstützung des Bundes in den kommenden Jahren in weiterhin hohem Maße  
9 nötig macht. Insbesondere für den Bereich der Daseinsvorsorge sollen dabei Investitionen getätigt werden  
10 um sicherzustellen, dass neben der Gesundheitsversorgung auch kulturelle Einrichtungen in wirtschaftlich  
11 schwierigen Zeiten bestehen bleiben und gefördert werden können. Zudem fordern die Jusos die SPD  
12 auf Bundesebene auf, sich für die Einrichtung einer Regionalförderungsabgabe einzusetzen, welche an die  
13 Einkommensteuer gekoppelt ist. Diese Abgabe soll die verstärkte Investitionstätigkeit von Bundeseite in  
14 strukturschwache Regionen gewährleisten. Kommunen brauchen weitere Finanzmittel. Der Bund soll daher  
15 prüfen, inwiefern Kommunen stärker an Steuern, die der Bund erhebt, beteiligt werden können. Klar ist für  
16 die Jusos, dass wir uns gegen eine Entschuldung stellen, die allein von den Kommunen getragen wird, siehe  
17 hier das Negativbeispiel Hessenkasse.

18

### 19 **Begründung**

20 Spricht man vom Auseinandergehen der Schere zwischen arm und reich in Deutschland, darf man dabei  
21 nicht nur den Blick auf den einzelnen Bürger werfen. Ein elementarer Grund für das Auseinanderdriften der  
22 Verhältnisse sind die Unterschiede zwischen finanzstarken- und schwachen Regionen in der Bundesrepublik.  
23 Während in Bayern im Jahr 2017 pro Einwohner 934€ pro Bürger in die Infrastruktur investiert wurde, nahm  
24 man in NRW gerade einmal 474€ pro Bürger für Investitionen in Straßennetz, Digitalisierungsausbau und  
25 weiteres in die Hand. Grund für diese Unterschiede sind insbesondere die verschiedenen Schuldenstände  
26 der Bundesländer. Die Schulden pro Kopf sind in Hessen am höchsten, gefolgt von Rheinland-Pfalz und NRW.  
27 Konsequenz daraus ist, dass durch diese hohen Schuldenstände aufgrund der strikten Vorgaben für Länder  
28 und Kommunen noch weniger Spielraum für Investitionen bestehen bleibt, was eine Ausrichtung der jeweili-  
29 gen Regionen für die Zukunft nahezu unmöglich macht. Mit seinem Finanzierungsprogramm in Höhe von 3,5  
30 Mrd. € im Jahr 2016 hat der Bund einen wichtigen Schritt getan. Klar ist aber auch, dass dies bei weitem nicht  
31 ausreicht. In Deutschland herrscht ein Investitionsstau allein im Bereich Infrastruktur in Höhe von 126 Mrd. €.   
32 Der Bund ist aufgefordert, sich finanziell noch stärker daran zu beteiligen, strukturschwachen Regionen eine  
33 Teilhabe an der künftigen Entwicklung zu ermöglichen und ein weiteres Auseinanderdriften der Regionen zu  
34 verhindern. Vor allem in den Bereichen Ausbau des Straßennetzes, Förderung des Breitbandausbaus und der  
35 Garantie der Daseinsvorsorge entscheidet sich, ob Deutschland wieder ein Stück zusammenwächst, oder ob  
36 man es zulässt, dass Rechtspopulist\*innen weiter fruchtbarer Boden zur Verfügung gestellt wird.

37 Der Sparkurs, der vielen Kommunen aufgezwungen wird, führt letztlich dazu, dass insbesondere bei freiwilli-  
38 gen Leistungen gespart wird. Zu freiwilligen Leistungen, an denen sich in erster Linie die Lebensqualität einer  
39 Kommune misst, gehören die Investitionen in Kulturbetriebe und Kulturgüter vor Ort. Um zu garantieren, dass  
40 Kommunen auch in wirtschaftlich angespannten Zeiten über ein breit gefächertes kulturelles Angebot verfü-  
41 gen, welches dazu beiträgt, Regionen insbesondere auch für junge Menschen attraktiv zu halten, halten es  
42 die Jusos für unabdingbar, den Bund dazu zu verpflichten, ein Instrument bereitzustellen, welches wirtschaft-  
43 lich angeschlagenen Kommunen für die Zeit unter die Arme greift, in der eine ausreichende Förderung der  
44 örtlichen Kulturbetriebe und -stätten nicht gesichert ist.

45 Ärgerlich ist bei den beschriebenen Zuständen vor allem, dass der Bund damit Fehler der Länder ausbügeln  
46 muss und letztlich Länder dafür belohnt werden, dass in ihrer Verantwortung massenhaft Schulden angehäuft  
47 wurden. Sich wegzuducken und mit dem Finger auf andere zu zeigen bringt allerdings weitaus weniger.

48 Gleichwertige Lebensverhältnisse, wie sie das Grundgesetz fordert, lassen sich aufgrund der oben beschriebe-  
49 nen Missstände nur schwer erreichen. Aus diesem Grund fordern wir eine Infrastrukturabgabe, die es struk-  
50 turschwachen Regionen ermöglicht, am wirtschaftlichen Fortschritt teilzuhaben. Diese Abgabe soll nach dem  
51 Vorbild des Solidaritätszuschlags an der Einkommensteuer bemessen werden, wobei garantiert werden muss,  
52 dass die Einnahmen im Großteil aus der Infrastrukturabgabe wirtschaftlich schwachen Regionen zugutekom-  
53 men. Weiterhin soll die Forderung des deutschen Landkreistages überprüft werden, inwieweit man alle deut-  
54 sche Kommunen verstärkt an der Umsatzsteuer beteiligen kann. Schließlich muss das Problem der kommu-  
55 nalen Verschuldung auch von Bundesseite angegangen werden. Unausweichlich erscheint hier eine Teilent-  
56 schuldung der Kommunen. Dies allein den Ländern aufzulasten erscheint wenig zielführend, weshalb die Bun-  
57 desregierung prüfen soll, ob sich der Bund und wenn ja wie stark, an einer Teilentschuldung der Kommunen  
58 beteiligen kann.